

Steuerungsgruppe Frauensicherheitsrat

Kurzprotokoll der Sitzung vom 30. April 2003 in Berlin

An dem ersten Treffen der Steuerungsgruppe in Folge der konstituierenden Sitzung des Frauensicherheitsrates Ende März diesen Jahres nahmen neun der zehn Mitglieder-Frauen teil. Zu Beginn wurde sich noch einmal des primären Aufgabenfeldes des Frauensicherheitsrates versichert, nämlich dem Monitoring der Politik der Bundesregierung im UN-Sicherheitsrat. Daraus ergeben sich die Hauptzielgruppen der Arbeit, v.a. Ministerien und RegierungsvertreterInnen.

Jedoch werden auch Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit auf nationaler wie internationaler Ebene als wichtig betrachtet, um politischen Druck aufzubauen. Dies betrifft vor allem die Felder Wissenschaft, Politik, Medien, NROs. In der Steuerungsgruppe selbst sind dazu entsprechende Potentiale (Kompetenzen/ Kontakte) vorhanden, die es zu nutzen gilt.

Zunächst klärte die Steuerungsgruppe ihre internen Arbeitsstrukturen und Abstimmungsverfahren für die weitere Zusammenarbeit. Ergebnisse:

Es werden Kurzprotokolle und -informationen an alle Mitglieder des Frauensicherheitsrats und einen „3.Kreis“ an der Thematik und Arbeit des FSR Interessierte verschickt. Sie werden auch ins Englische übersetzt, um eine internationale Anbindung zu gewährleisten. Zur Erleichterung der Kommunikations- und Informationsflüsse werden Mailinglisten eingerichtet. Zur Information einer größeren Öffentlichkeit wird auf der Internetseite des Feministischen Instituts der Heinrich-Böll-Stiftung (www.Glow-boell.de) eine Seite „Frauensicherheitsrat“ eingerichtet.

Intern gilt in der Steuerungsgruppe eine Entscheidung als verbindlich, wenn 2/3 der Gruppe zugestimmt haben; bei Abstimmungen per e-Mail muß innerhalb von 3 Werktagen geantwortet werden; sonst entscheidet die 2/3 Mehrheit der Antwortenden, mindestens aber müssen es 5 sein.

Zentrale inhaltliche Punkte waren die gegenwärtige Situation der Frauen in Afghanistan und Irak sowie die Entwicklung von Ideen zu deren (inter)nationaler Unterstützung. Da bis zum Herbst eine afghanische Verfassung verabschiedet werden soll, muss auf die Bundesregierung Druck ausgeübt werden, daß sie sich für die verfassungsrechtlich verankerte Gleichberechtigung der Frauen auf allen Gebieten stark macht. Die Bundesrepublik ist ein wichtiger Geldgeber für den Aufbau und genießt hohes politisches Ansehen in Afghanistan. Darin liegt eine große Chance. Auch eine wissenschaftliche Untersuchung zum Thema „Einbindung der afghanischen Frauen in Politik und humanitären Hilfe“ (bzgl. der Umsetzung von Resolution 1325) wurde als wichtig erachtet. In weiteren Fällen wie Irak könnte daran angeknüpft werden.

Darüber hinaus soll eine Kleine Anfrage im Bundestag zur Bilanzierung der Umsetzung der Resolution 1325, Beteiligung der irakischen Frauen am Friedensprozess der post conflict era ihres Landes angestoßen werden. Thema sollte auch sein, wie Frauen in die Projekte der humanitären Hilfe im Irak einbezogen wurden und werden. Folgender Forderungskatalog bzgl. der Rolle von Frauen im Irak in der Aufbauphase wurde aufgestellt:

- Demokratisierung nur mit Gleichberechtigung der Frauen und Männer;
- 1/3 Frauenbeteiligung bei den Ministerien der Übergangsregierung;
- Talente der Frauen ausschöpfen;
- die Nachkriegsdebatte darf nicht nur als religiöse und ethnische Proporzdebatte geführt werden, in der Frauen nicht vorkommen;
- in der Verwaltung und in dem demokratischen Entwicklungsprozess müssen Frauen nach dem Prinzip der Gender-Balance (mindestens 40%ige Beteiligung jedes Geschlechts in entsprechenden Gremien) vertreten sein;
- Antidiskriminierungsgesetz verfassungsrechtlich verankern;
- die offizielle Berufung der Frauen in allen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Bereichen von Anbeginn des Aufbauprozesses ist enorm wichtig;
- in der Verfassungsreform müssen auch Cedaw und andere Menschenrechtskonventionen berücksichtigt werden, anzustreben ist eine Veränderung des Familienrechts;

- Frauen müssen unbedingt in Bezug auf den Sicherheitsaspekt beim Aufbau der neuen Gesellschaft voll beteiligt werden (Unter den von den USA ausgewählten Mitgliedern der Rechtskommission gibt es keine einzige Frau!);
- Das Thema „häusliche Gewalt“ darf nicht tabuisiert werden;
- Die Auswirkungen der Diktatur sollen in Versöhnungskommissionen zur Sprache gebracht werden; in vielen Fällen handelt es sich um Traumatisierung und sexuelle Gewalt;
- Informationstransfer auf allen Gebieten mit besonderer Förderung der Frauen .

Darüber hinaus ist die Evaluierung von Missionen unter differenziertem Gender-Aspekt ein vordringliches Thema für den Frauensicherheitsrat. Er könnte/sollte Kriterien entwickeln (bzw. entwickeln lassen), wann z.B. eine zivile Ordnung nach einem bewaffneten Konflikt gegeben ist. Die Bundeswehrakademie für Sicherheit gibt zu, dass sie noch keinen Katalog für Gender-gerechte zivile Sicherheit hat. Hier bieten sich Fachtagungen oder auch Forschungsaufträge an. Möglich wäre die Entwicklung eines Monitoring-Projektes: „Deutschland und UN-Einsätze: Beispiele aus Somalia, dem ehemaligen Jugoslawien, Afghanistan, Irak“ (Gender-Perspektive unter Berücksichtigung relevanter UN-Dokumente.). Das Ergebnis dieses Projektes könnte z. B. am 8. Mai 2004 vorgelegt werden. In dieser Frage muss Deutschland sich mit anderen (progressiveren) Ländern vergleichen lassen. Möglich wäre eine Art öffentliche Sanktionierung durch den FSR („saure Gurken“ oder „Daumenschrauben“). Das Fernziel bestünde demnach in einem Gender-Index.

Als weitere Sitzungsergebnisse wurde festgehalten:

- Um die Arbeit des FSR bekannt zu machen, wird eine Presseerklärung und ein Schreiben entworfen. Letzteres soll an diverse Regierungsmitglieder (Außenminister Fischer, Entwicklungsministerin Wierczok-Zeul, Verteidigungsminister Struck, Frauenministerin Schmidt), den deutschen UN-Botschafter sowie VertreterInnen von Bundestagsausschüssen gehen.
- Es besteht Klärungsbedarf bzgl. der Finanzierungsgrundlage der Sitzungen der Steuerungsgruppe. Dazu nehmen ihre Mitglieder mit verschiedenen Institutionen Kontakt auf.
- Die Arbeit könnte als Projekt konzipiert werden: „Monitoring der Umsetzung von Resolution 1325“ (inkl. Fachtagungen, Konferenzen, Vor- bzw. Nachbereitungstreffen).
- Der Frauensicherheitsrat schließt sich der Initiative der VDW hinsichtlich der Forderung der Ächtung des Präventivkrieges gegen den IRAK vor dem IGH an.

Zusätzlich wurde auf zwei Rezensionen in der Tagespresse hingewiesen zur der Studie von Elisabeth Rehn und Ellen Johnson Sirleaf: Women, War & Peace aus dem letzten Jahr: Frauenpower für die Opfer. Die UN wollen, dass nicht nur Männer den Frieden sichern (SZ, 22.04.03); Exklusiver Männerverein (Lausitzer Rundschau, 31.03.03).

Das nächste Treffen der Steuerungsgruppe findet statt am 1. / 2. Juli 2003 in Bonn.